

Mangelnde Kompatibilität

Es dürfte hinreichend bekannt sein, dass Franzosen und Deutsche nicht immer auf der gleichen Wellenlänge sind. Die Bildung der deutschen Bundesregierung in Berlin hat ein weiteres Beispiel dafür geliefert, wie unterschiedlich das politische Verständnis in beiden Ländern ist. Es hat natürlich mit Traditionen zu tun, aber auch mit dem jeweiligen Wahlrecht, wenn Frankreichs Politik überwiegend von einer Person, dem Staatspräsidenten, bestimmt wird, während Deutschlands Politik eher als Ergebnis von langwierigen Kompromissen zwischen Koalitionsparteien verstanden wird. Deutsche Parteien verhandeln tagelang, gar wochenlang, über einen Koalitionsvertrag. Französische Parteien suchen, wenn überhaupt, irgendein Kompromissprogramm noch vor der Wahl, damit einer der Kandidaten zum Präsidenten gewählt wird. Was nachher geschieht, duldet keinen Widerspruch: In Berlin sind die ernannten Minister für ihre Aktion im Rahmen des vereinbarten Regierungsprogramms unter der Obhut des Kanzlers verantwortlich; in Paris entscheidet nur der Staatspräsident über Initiativen und Reformen der Regierung. Viele fragen sich allerdings, was der französische Premierminister als Regierungschef noch zu sagen hat, wenn alle Entscheidungen einzig und allein im Elysée-Palast getroffen werden. Der Präsident beruft sich ständig auf seine damaligen Wahlkampfansagen, wenn er Reformen ankündigt, die nicht selten selbst die zuständigen Minister überraschen. Anders in Berlin: Was zählt, ist einzig und allein der Koalitionsvertrag. Und wenn nicht, dann sind weitere Abstimmungen unter den Koalitionspartnern während der Amtszeit erforderlich.

Diese Unterschiede sind nicht neu und soweit die Spielregeln des Grundgesetzes bzw. der Verfassung der V. Republik jeweils respektiert werden, sind sie kein Grund für etwaige Aufregungen. Andere Länder, andere Sitten. Nur im Vergleich werden Fragen laut: Ist das nicht ein Zeichen von Sturheit, wenn eine Bundesregierung nur nach sorgfältig vorformulierten Ansätzen arbeitet? Ist das nicht ein Zeichen von mangelndem Demo-

kratieverständnis, wenn ein Präsident allgegenwärtig alles allein bestimmt? Wo wird eigentlich noch Flexibilität verlangt? Wie steht's mit der Glaubwürdigkeit und der Zuverlässigkeit der Politik? Wo beginnt ein Wahlbetrug, wo endet die in Krisenzeiten notwendig gewordene Anpassung an die Realität?

Bei allen gewünschten Synergieeffekten bleiben beide Wahlrechte nicht kompatibel und sorgen oft für Unverständnis und manche Missverständnisse. Undenkbar ist es in Deutschland, dass sich ein Bundeskanzler einen Minister aussucht, der eigentlich aufgrund der Wahlergebnisse nur auf den Oppositionsbänken sitzen sollte. Undenkbar ist es wiederum in Frankreich, dass sich ein Oppositionspolitiker, der ein Regierungsamt annimmt, die Leitlinien seiner ursprünglichen Partei umsetzt.

Wie dem auch sei: Die unterschiedlichen Verfahren im Regierungsgeschäft bestätigen die üblichen Vorurteile, die das Bild des jeweiligen Nachbarn seit eh und je prägen. Hier (Berlin) die Handlung nach Paragraphen – es fehlen nur noch die Hinweise auf DIN-Normen und TÜV-Stempel. Da (Paris) die Kunst der Improvisation – es fehlen nur die Kaninchen aus dem Hut und die Tauben aus den Hemdsärmeln. Vorurteil?

Die Deutschen gehen gegen die Autorität an, akzeptieren aber die Regeln. Die Franzosen akzeptieren die Autorität, stellen aber die Gesetze in Frage. Vorurteil? Die Deutschen kennen nur Richtig und Falsch, Schwarz und Weiß, und handeln danach im Rahmen von zähen Verhandlungen. Die Franzosen hingegen akzeptieren, dass der Chef entscheidet – Chefsache –, suchen aber sofort nach Grauzonen.

Einzigster Trost: Nicht nur die Politik erlebt jeden Tag solche Beobachtungen über deutsch-französische Klischees. Auch in der Wirtschaft, auch in der Kultur, auch in der Zivilgesellschaft scheinen diese Unterschiede unüberwindbar zu sein.

Man versteht es nicht immer, aber man versteht sich ja. Irgendwie.

Gérard Foussier